03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 75



# Dirk Stegmann: Von Groß-Hamburg nach Groß-Altona

## Die Eingemeindungsdebatte in den Elbvororten 1915-1927

**I. Planspiele der Freien und Hansestadt Hamburg seit 1915.** Eingemeindungen im 19. und 20. Jahrhundert[1] sind herkömmlich strukturellen Erwägungen geschuldet – es geht zumeist um industriewirtschaftliche oder gesellschaftliche Momente. Dass aber auch machtpolitische Überlegungen im engeren Sinne eine Rolle spielen können, das belegt das Beispiel des Stadtstaates Hamburg und seiner politischen Führung im Ersten Weltkrieg.

Eine Eingemeindungsdebatte wurde durch den Stadtstaat Hamburg mit der Denkschrift des Senats vom 7. Dezember 1915 über die Notwendigkeit einer Erweiterung des Hamburgischen Staatsgebietes eröffnet, die nicht nur der preußischen Regierung, sondern auch dem Reichskanzler Theobald v. Bethmann-Hollweg persönlich zugeleitet wurde. Hamburg brauche territorialen Zuwachs für Handel und Verkehr, insbesondere für die Erweiterung seines Hafens. Nach Lage der Dinge kam dafür nur preußisches Territorium in Betracht, wobei der Senat geltend machte, dass ja Preußen bei dem erwarteten Sieg im Westen und Osten des Reiches selbst am stärksten profitieren würde, so dass Hamburgs innerdeutsches Kriegsziel nur gerechtfertigt sei[2], da die Stadt hier nichts dazugewinnen könnte.

Bis zum Kriegsende wurden diese Pläne weiterverfolgt und präzisiert: Es ging um Wohngebiete im Osten der Stadt, zwischen Horn und Bergedorf, im Norden etwa bis Glinde reichend. Für die als notwendig erachtete Hafenerweiterung wurden die Gebiete von Altenwerder und Preußisch-Finkenwerder genannt. 1916 gerieten auch Wilhelmsburg und Harburg in den Fokus, 1917 dann auch Altona.

Die Planspiele wurden auch nach Kriegsende nicht aufgegeben, auch der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat plädierte jetzt für ein Groß-Hamburg.[3] Anfang April 1919 übersandte der neue Senat ebenfalls eine Denkschrift an das Preußische Ministerium des Innern, die wiederum die Angliederung der Städte Harburg und Wilhelmsburg ebenso wie den Anschluss von Wandsbek und Altona vorsah, einschließlich des Hinterlandes. Das war die Maximalposition.

1920 wurde die Groß-Hamburg-Frage dann auf Reichsebene einer neu geschaffenen Zentralstelle beim Reichsinnenministerium zugewiesen und damit ein Teilaspekt der sogenannten Reichsreform-Debatte in der Weimarer Republik. Faktisch war damit das Thema erst einmal erster Klasse beerdigt. Hamburg reagierte auf diesen Stillstand 1922 mit einer neuerlichen Propaganda-Offensive, die sogenannte Arbeitsgemeinschaft Groß-Hamburg wurde ins Leben gerufen mit einer eigenen Schriftenreihe und eigenen Referenten für Vorträge etc. Zudem war bereits im September 1921 die Hamburger Denkschrift mit ihren weitreichenden Gebietsforderungen an amtliche Stellen der anderen Bundesländer weitergereicht worden, um den Druck auf Preußen zu erhöhen.

Jetzt wurden auch wieder Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen aufgenommen, die aber weithin ergebnislos verliefen,

**1** Vgl, dazu bes. Horst Matzerath, Städtewachstum und Eingemeindungen im 19. Jahrhundert, in: J. Reulecke, Die deutsche Stadt im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 67 ff.

**2** Vgl. Werner Johe, Territorialer Expansionsdrang oder wirtschaftliche Notwendigkeit? Die Groß-Hamburg-Frage, in: H. Hohlbein, W. Johe, H.D. Loose, G.-W. Röpke, H.-P. Strenge, Vom Vier-Städte-Gebiet zur Einheitsgemeinde, Hamburg 1988, S. 9 ff, hier besonders S. 14, auch für das Folgende.

**3** Vgl. Hans-Dieter Loose, Altona und die Groß-Hamburg-Frage, in: Hohlbein, Johe, S. 46 f.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 76



Rechte Seite:
Häuser in der Altonaer Altstadt. Kleine Fischerstraße um 1925, in: Fritz Lachmund, Altona & Ottensen, Bilder aus vergangenen Tagen, Hamburg 1974, S. 27.

bevor sie 1926 endgültig abgebrochen wurden. Als Minimalergebnis kam es am 5. Dezember 1928 immerhin zu einem Hamburgisch-Preußischen Hafengemeinschafts-Abkommen, das unter anderem eine gemeinsame Hafenbetriebsgemeinschaft vorsah und daneben Verkehrs- und Landesplanungsaufgaben sowie polizeiliche Aufgaben im Unterelbegebiet regelte.

Wie sahen nun die Antworten in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein beziehungsweise in der preußischen Provinz Hannover auf die Hamburger Expansionspläne aus ?

In der Provinz Schleswig-Holstein überwog früh die Ablehnung, das gleiche galt für die Provinz Hannover, hier bezogen auf die beiden Städte Wilhelmsburg und Harburg.

In Altona gab es unterschiedliche Reaktionen. Die Stadt war während des gesamten 19. Jahrhunderts die größte Stadt in der Provinz geblieben; erst nach 1900 musste sie diesen Platz an Kiel abgeben, das vor allem mit dem Ausbau zum Reichskriegshafen Altona auf Dauer überholt hatte. 1905 hatten beide Städte noch gleichauf gelegen, fünf Jahre später hatte Kiel Altona deutlich überflügelt. Altona stagnierte in der Bevölkerungsentwicklung, was in erster Linie der Tatsache geschuldet war, dass keine neuen Areale für Wohn- und Gewerbegebiete vorhanden waren. Die Stadt war zudem überschuldet, die Wohnverhältnisse in der Altstadt zum Hafen hin waren katastrophal, man sprach vom sogenannten Abruzzenviertel, in dem mehr als 30 000 Menschen auf engsten Raum in teilweise desaströsen Wohnverhältnissen lebten, politisch eine Hochburg der KPD.

**Einwohnerentwicklung in Altona und Kiel 1871-1910[4]**

| Jahr | Altona | Kiel |
|---|---|---|
| 1871 | 74 102 | 31 764 |
| 1885 | 104 717 | 51 706 |
| 1895 | 148 944 | 85 666 |
| 1900 | 161 501 | 107 977 |
| 1905 | 168 320 | 163 772 |
| 1910 | 172 628 | 211 627 |

Altona hatte seine Wohn- und Gewerbeflächen zuletzt Ende des Jahrhunderts erweitern können: Am 1. Juli 1889 waren Ottensen und Bahrenfeld, Othmarschen und Oevelgönne eingemeindet und damit neue Wohn- und vor allem Gewerbegebiete erschlossen worden. Dadurch war das städtische Areal von 520 auf 2180 Hektar angewachsen, das heißt auf das Vierfache, die Einwohnerzahl hingegen lediglich auf das 1,2-fache, um rund 29 000 Einwohner.[5] Im Jahr darauf, 1891, war dann der Versuch fehlgeschlagen, die an Othmarschen angrenzende Gemeinde Groß-Flottbek einzugemeinden.

In den 1890er Jahren machte dann die Industrialisierung Altonas große Fortschritte. Neben der traditionellen Fischwirtschaft mit dem Fischereihafen und dem Fischmarkt expandierten jetzt die Betriebe

**4** Zahlen nach Heinrich Silbergleit, Preußens Städte, Berlin 1908 sowie der Statistik des Deutschen Reiches, passim.
**5** Hans Berlage, Entwicklungsgeschichtliches zur Groß-Altona-Frage, in: Stimmen zur Frage eines größeren Altona, Altona 1925, S. 67.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 77

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 78

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 80

Vorangehende Seiten:
Häuser in der Altonaer Altstadt, in: Fritz Lachmund, Altona & Ottensen, Bilder aus vergangenen Tagen, Hamburg 1974, S. 27.

des Maschinenbaus (Menck & Hambrock; Ottenser Eisenwerke) und der Metall- und Schiffbauindustrie (Theodor Zeise). Ottensen wurde zum industriellen Zentrum Altonas, das Wohn- und Gewerbegebiet war hier sehr hoch verdichtet, Gewerbeflächen für neue Ansiedlungen waren schnell erschöpft. Das rief den Altonaer Magistrat wieder auf den Plan: 1910 forderte Altonas Oberbürgermeister Bernhard Schnackenburg (1867-1924) in einer „Denkschrift an die preußische Regierung“ betreffend die Eigenart der wirtschaftlichen Lage der Stadt Altona infolge der unmittelbaren Nachbarschaft

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 81

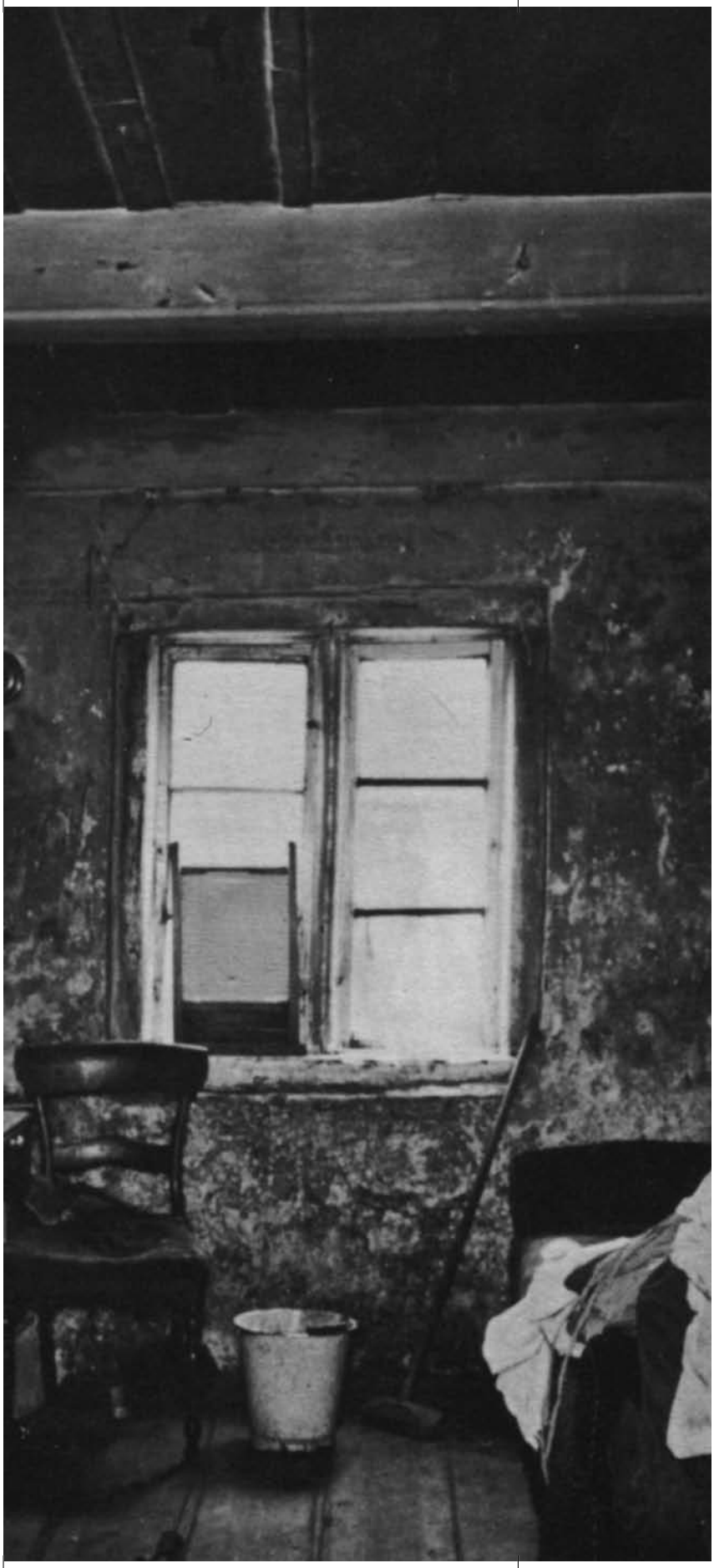
Wohnkeller in Altonas Altstadt um 1900, in: Ausstellungsgruppe Ottensen-Altonaer Museum, Ottensen. Zur Geschichte eines Stadtteils, Hamburg 1983, S. 149.

Hamburgs, „dass gegenüber Hamburg die wirtschaftlichen Kräfte Altonas und seiner Nachbargemeinden zusammengefasst und einheitlich und planmäßig entwickelt werden“[6] sollten. Die Sanierung der Altstadt und die Weiterentwicklung Altonas als Industriestandort seien vordringliche Aufgaben einer Standortverbesserung, um auf Dauer gegenüber Hamburg bestehen zu können. Konkretere Details nannte er nicht, das Thema Eingemeindungen wurde zwar gestreift, aber nicht präzisiert. Eine unmittelbare Reaktion der preußischen Regierung blieb aus. Hier war man zu dieser Zeit eher daran interes-

**6** Loose, Altona und die Groß-Hamburg-Frage, S. 43.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 82

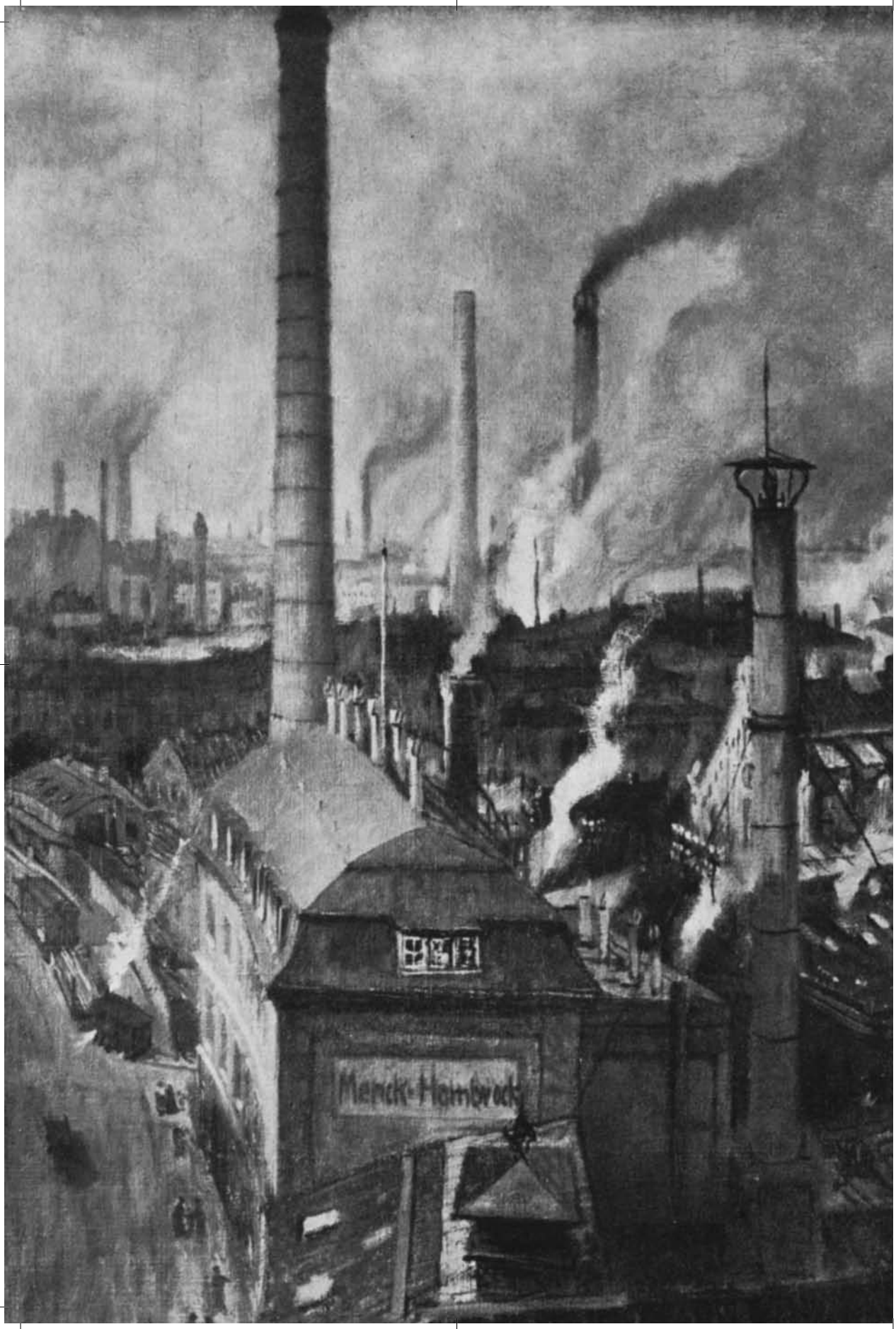
03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 83



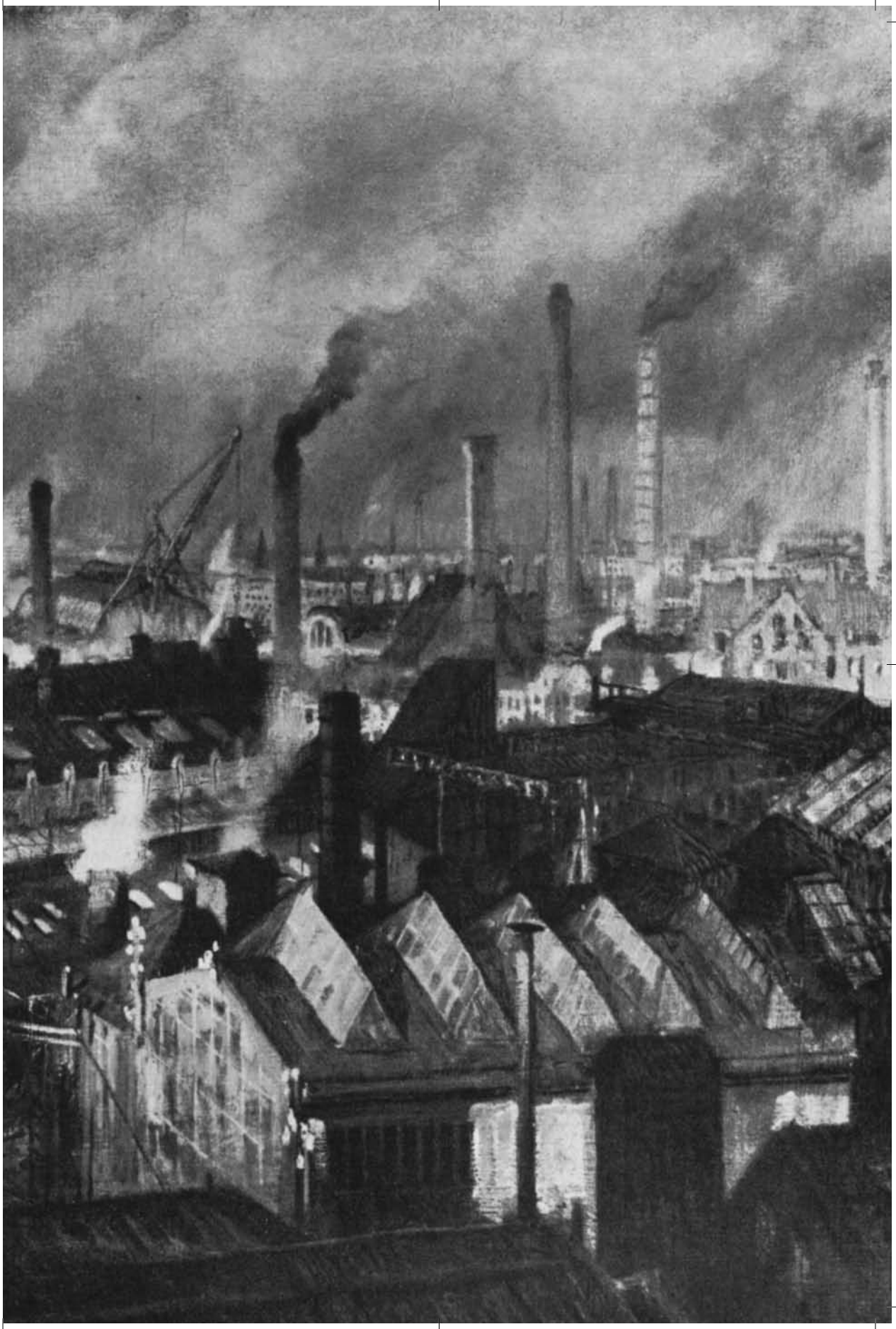
Wohnung in der Altstadt 1934, in: Ausstellungsgruppe Ottensen-Altonaer Museum, Ottensen. Zur Geschichte eines Stadtteils, Hamburg 1983, S. 149.

Folgende Seiten:
Ottenser Industriegebiet um 1910, in: Paul Th. Hoffmann, Neues Altona 1919-1929, Bd. 1, Jena 1929, S. 520.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 84



03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 85



03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 86



siert, den neuen Seehafen in Harburg mit seinen drei großen Hafenbecken gegen Hamburg weiter auszubauen.[7] Im Jahr darauf schließlich scheiterten neuerliche Bemühungen Schnackenburgs, neue Gewerbegebiete durch Eingemeindung der Landgemeinden Stellingen-Langenfelde, Lokstedt und Eidelstedt zu gewinnen.

Ungeachtet dieser Rückschläge stieg die Zahl der Einwohner Altonas weiter an, wenn auch verlangsamt, ebenso wie die Zahl der Industriebetriebe und der Arbeiter. Industrielles Standbein Altonas blieben die Fischindustrie mit dem Fischereihafen und die massive Ballung der Gewerbetriebe in Ottensen. In der gewerblichen Hochkonjunkturphase zwischen 1896-1913 war die Zahl der Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern von 684 auf 1075 im Jahre 1910 angestiegen, die der Arbeiter im gleichen Zeitraum von 11 000 auf rund 19 000, aber der Raum für Gewerbe und Wohnen blieb auf dem 1890 erreichten Niveau stehen. Nach einer Delle in den Jahren nach dem verlorenen Krieg stieg die Zahl der Arbeiter seit dem Ende der Hyperinflation 1923 weiter an:

**Betriebe mit 10 und mehr Arbeitern in Altona 1895-1924[8]**

| Jahr | Betriebe | Arbeiter |
|---|---|---|
| 1895 | 684 | 11 045 |
| 1901 | 846 | 14 285 |
| 1906 | 1070 | 17 875 |
| 1910 | 1075 | 19 120 |
| 1919 | 1030 | 18 433 |
| 1923 | 1249 | 20 670 |
| 1924 | 1166 | 24 184 |

Die Bevölkerungszahl Altonas erreichte Ende 1913 mit 184 634 Einwohnern den Höchststand im kaiserlichen Deutschland und verharrte dann in etwa auf diesem Niveau: 1924 waren es 186 580 Einwohner.[9] Die schwierigen Wohn- und Gewerbeansiedlungs-Verhältnisse, besonders in der Altstadt und in Ottensen, blieben damit weiterhin ungelöst. Insgesamt lebten in Altona damals 85 Menschen auf 1 Hektar Fläche, das war das kleinste Areal in Deutschland, verglichen mit Städten gleicher Bevölkerungszahl wie etwa Barmen, Danzig, Elberfeld oder Gelsenkirchen.[10]

**II. Die Reaktion Altonas auf Hamburgs Expansionspläne.** Im Oktober 1916, relativ spät, reagierte die Stadt auf Hamburgs Pläne zur Erweiterung des Stadtgebiets. In direkter Reaktion auf die Hamburger Denkschrift von Ende 1915 konkretisierte Oberbürgermeister Schnackenburg erstmals Altonaer Forderungen: Eingemeindung von mindestens vier preußischen Landgemeinden aus dem Kreis Pinneberg: Groß-Flottbek, Klein-Flottbek, Eidelstedt und Stellingen-Langenfelde[11], um neue Wohn- und Industrieansiedlungsgebiete zu gewinnen. Für die Zukunft Altonas sah er auf Dauer die „Beseitigung der

**7** Vgl. Dirk Stegmann, Vom Kaiserreich zum „Dritten Reich". Die industrielle Entwicklung Harburgs 1900 bis 1937, in: J. Ellermeyer, K. Richter, D. Stegmann (Hrsg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt, Hamburg 1988, S. 298 ff.
**8** Paul Theodor Hoffmann, Neues Altona 1919- 1929, Bd. 1, Jena 1929, S. 523.
**9** Zahlen für 1913 und danach nach Stat. Jahrbuch der Stadt Altona 1925-1927, Altona 1928, S. 6; vgl. auch Stimmen zur Frage eines größeren Altona, Altona 1925, S. 6.
**10** Hans Berlage, Braucht Altona Zuwachs an Baugelände?, in: Stimmen zur Frage eines größeren Altona, S. 87 (Tabelle).
**11** Vgl. dazu Loose, a.a.O.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 87



staatlichen und kommunalen Grenzen gegenüber Hamburg“ als notwendig an. Was das im Detail bedeuten sollte, benannte er nicht.

Eine gänzlich neue Situation entstand nach Kriegsende: Am 15. November 1918, knapp eine Woche nach der Revolution in Kiel, stimmten jetzt die städtischen Kollegien Altonas für die Eingemeindung Altonas nach Hamburg, dazu sollten Verhandlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat Hamburg aufgenommen werden. Diese Initiativen blieben jedoch erfolglos, Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg verliefen im Sande. Immerhin kündigte die preußische Regierung mit Erlass vom 13. Oktober 1921 an, Altona und seinen Nachbargemeinden bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen – mehr war aus Berlin nicht zu hören.

Anfang Januar 1922 trat Schnackenburg dann mit dem Plan hervor, den Stadtstaat Hamburg Preußen zuzuschlagen und dann einer so geschaffenen „autonomen Provinz Großhamburg eine Sonderstellung in steuerlicher Hinsicht einzuräumen“.[12] Dieser utopische Plan hätte, einmal abgesehen vom seit altersher auf die eigene Souveränität bedachten Hamburger Stadtstaat auch eine weitreichende Reform der bestehenden Reichsverfassung bedeutet und war von daher gänzlich unrealistisch. Die Reichsreformdebatte war in der Zwischenzeit kaum vorangekommen.

Konkreter, aber ebenfalls nicht durchsetzbar, war die Position der Altonaer Sozialdemokratie, die die Pläne von 1918/19 auferstehen ließ. Für den Anschluss Altonas an Hamburg plädierte etwas später am 16. März 1922 Max Brauer (1887-1973), damals 2. Bürgermeister und Stadtkämmerer, vor der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Altona.[13]

Alle diese Initiativen verpufften; immerhin wurde seitens des preußischen Wohlfahrtsministeriums 1923 eine Art Gegenoffensive gegen die öffentlich vorgetragene Offensive Hamburgs gestartet. Es sollte ein sogenannter Generalbebauungsplan insbesondere für die preußischen Städte Altona, Wandsbek und Harburg erstellt werden, mit dem Ziel, die Wohn-, Gewerbe- und Verkehrspolitik im Unterelberaum zu koordinieren.[14]

Sein Leiter wurde der Stadtplaner Joseph Brix (1859-1943), der auch in Altona als Stadtbaurat tätig gewesen war – unter anderem als Architekt beim Umbau des vormaligen Bahnhofes zum Altonaer Rathaus 1898; er war seit 1904 als Professor für Städtebau an der TH Charlottenburg tätig. Hier hatte er unter anderem die Planungen für die Gartenstadt Frohnau (1908-1910) vorangetrieben. Sein Mitstreiter bei der Erstellung dieses Generalbebauungsplans wurde Gustav Oelsner (1879-1956), Sohn preußischer Juden aus Posen, seit 1911 Stadtbaurat in Kattowitz, der jetzt, als Kattowitz 1922 polnisch geworden war, nach Altona gekommen war, wo er im März 1924 parteiloser Bausenator unter dem neuen OB Brauer wurde, dann (bis 1933) Stadtbaurat.[15]

Brix und Oelsner konnten durchsetzen, dass als Teil dieser Planungen auch ein Grüngürtelplan für die Stadt Altona ausgearbeitet wurde: Die gänzliche Parzellierung von Grundstücken am Altonaer

**12** Johe, a.a.O., S. 21.

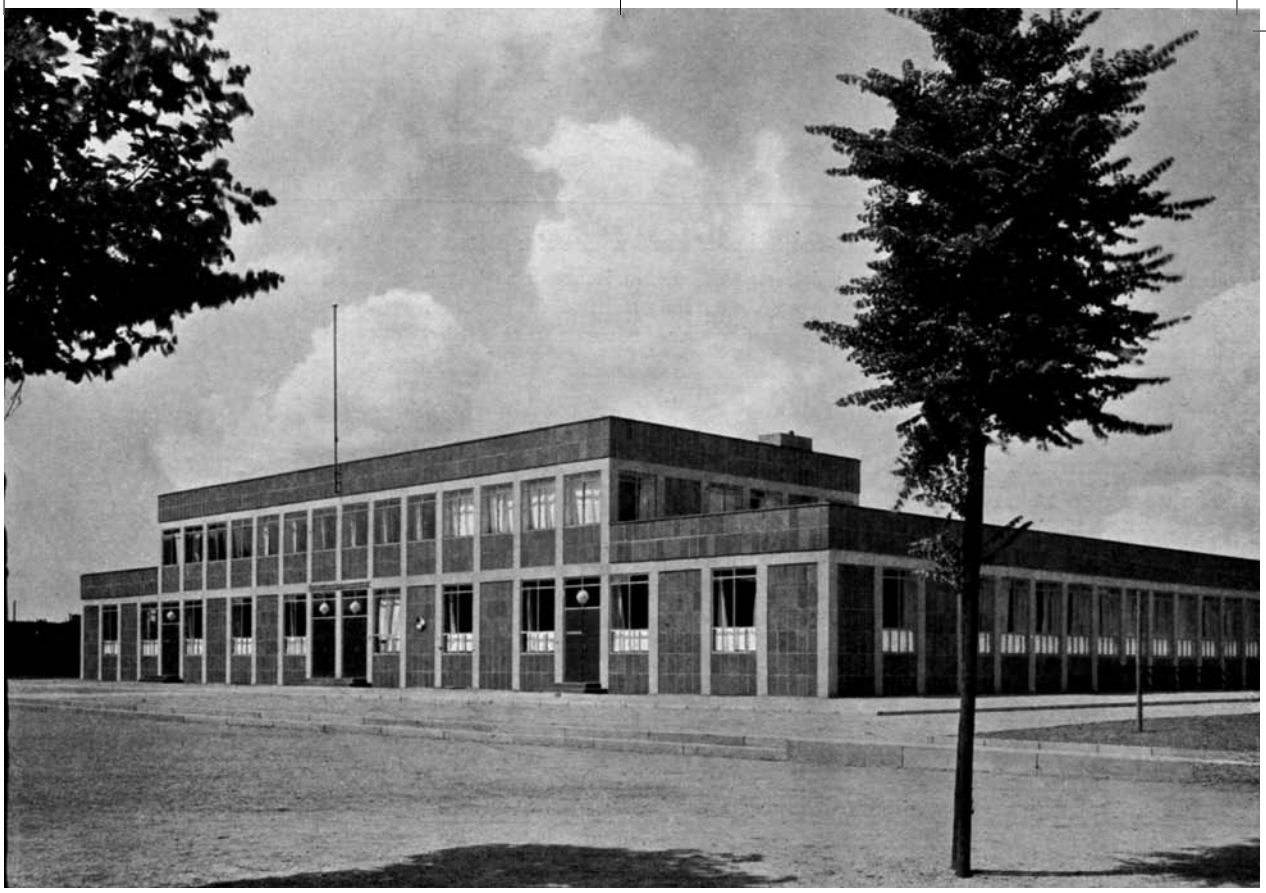
**13** Ebda., S. 21, Anm. 28.

**14** Vgl. dazu Christoph Timm, Der Preußische Generalsiedlungsplan für Groß-Hamburg 1923, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 71, 1985, S. 75 ff.

**15** Zu Oelsner vgl. bes. Christoph Timm, Gustav Oelsner und das Neue Altona. Kommunale Architektur und Stadtplanung in der Weimarer Republik, Hamburg 1984.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 88

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 89



Elbhang sollte verhindert werden, die Stadt Altona, unterstützt durch Kredite des preußischen Staates, sollte Grundstücke erwerben oder pachten. Der Gedanke war, den alleinigen Zugang zur Elbe durch private Besitzer auf Dauer zu verhindern und dafür öffentliche Parks für die Allgemeinheit zu schaffen, auch und vor allem als Erholungsräume für die Arbeiterstadt Altona. Im Westen und Norden sollten entlang der bestehenden Bahnlinien nach Norden (insbesondere nach Neumünster-Kiel) gewerblich-industrielle Anlagen entstehen.

Diese Planungen wurden in engem Verbund mit dem Hamburger Oberbaudirektor (1908-1933) Fritz Schumacher (1869-1947) erstellt. Oelsner und Schumacher standen in freundschaftlichem Verhältnis zueinander und vertraten als Architekten und Städteplaner ähnliche Überzeugungen. Beide standen für das Konzept des Neuen Bauens; in Altona konnte Oelsner seine Ideen zum Beispiel in der Fortführung der Gartenstadt Steenkamp (die bereits vor 1914 initiiert worden war) in Bahrenfeld fortführen (1925-1926, sogenannte 3. Bauphase der Steenkamp-Siedlung). Die Steenkamp-Siedlung gehört zu den wichtigen Gartenstadtgründungen Deutschlands, sie umfasste 1050 Wohneinheiten auf einer Fläche von etwas mehr als 33 Hektar. Hinzu kamen Bauten Oelsners wie das Berufsschulzentrum „Haus der Jugend“ am Platz der Republik in Sichtweite des Rathauses (1928-1930), das Arbeitsamt in der Kieler Straße (1926-1927), mehrere allgemeinbildende Schulen sowie große Anlagen des sozialen Wohnungsbaus der SAGA.

Bild oben:
Das von Gustav Oelsner 1927 erbaute Arbeitsamt in Altona, in: Paul Th. Hoffmann, Neues Altona, Bd. 1, S. 235.

Bilder linke Seite:
Die Siedlung Steenkamp in den 1920er Jahren, in: Paul Th. Hoffmann, Neues Altona, Bd. 1, S. 120-121.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 90

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 91



**III. Von der Defensive zur Offensive: Die Initiative des neuen Oberbürgermeisters Brauer.** Eine neue Situation entstand im Frühjahr 1924: Am 30. März 1924 wurde Max Brauer Nachfolger Bernhard Schnackenburgs, der plötzlich gestorben war, als gewählter Oberbürgermeister. Geboren 1887 als achtes von 13 Kindern einer Glasbläserfamilie in Altona-Bahrenfeld, hatte sich Brauer, selbst gelernter Glasbläser, innerhalb der Ottenser SPD kontinuierlich hochgearbeitet. 1911 wurde er in den Vorstand seiner Partei in Ottensen gewählt. Davor hatte er sich beruflich in der kommunalen Konsumvereinsbewegung engagiert, seit 1910 war er als Verkäufer, dann Lagerhalter und schließlich als Betriebskontrolleur bei der Hamburger „Produktion" tätig.

1916 wurde er zum Stadtverordneten in Altona gewählt und rückte 1919 in den Magistrat auf, wo er schnell Stadtkämmerer und dann 2. Bürgermeister wurde.

Brauer war ein pragmatisch denkender Sozialdemokrat, kein Klassenkämpfer und kein Ideologe, ein dezidierter Vertreter des sozialdemokratischen Kommunalsozialismus, der sich die städtische Initiative in der Wohnungs- und Gewerbepolitik auf die Fahnen schrieb, weil er diese nicht der privaten Wirtschaft allein ausliefern wollte. Unter ihm wurde schon 1922 die gemeinnützige Siedlungs-Aktiengesellschaft (SAGA) gegründet, die die meisten neuen Wohnblocks in Ottensen und Bahrenfeld baute. Noch umfangreicher war die Kommunalisierung im Bereich des Versorgungssektors, die Stadt war zum Beispiel alleinige Besitzerin der Elektrizitätswerke, der Altonaer Gas- und Wasserwerke und der Altonaer Quai- und Lagerhausgesellschaft.

Brauer war durchsetzungsstark und verschaffte sich schnell ausgezeichnete Kontakte nach Berlin, etwa zum preußischen Innenminister Carl Severing, der ihn 1926 als Nachfolger in seinem Amt favorisierte.

Im März 1924, bei seinem Amtsantritt, war die Groß-Hamburg-Frage für Brauer vom Tisch; er, der sich noch zwei Jahre vorher für die Eingemeindung seiner Stadt nach Hamburg ausgesprochen hatte, vollzog jetzt eine Wende um 180 Grad.

Der Altonaer Magistrat[16] richtete jetzt Ende des Jahres einen Antrag[17] an die preußische Staatsregierung, die Gemeinden Eidelstedt, Lokstedt, Stellingen-Langenfelde, Lurup, Groß-Flottbek, Klein-Flottbek, Osdorf und Nienstedten nach Altona einzugemeinden, das heißt aus ihrer jeweiligen Gebietskörperschaft – dem Kreis Pinneberg – zu entlassen. Dadurch würde Altona sein Areal von damals 2180 Hektar Fläche bei rund 186 000 Einwohnern mehr als verdreifachen können, nämlich durch den Zugewinn von 4326 Hektar Fläche. Demgegenüber falle der Bevölkerungszuwachs mit rund 30 000 Menschen nur gering aus.

In einer großen öffentlichen Rede am 17. November 1924 im Hotel „Kaiserhof" in Altona begründete der neue Oberbürgermeister sein Programm und betonte, „Altona ist aus der Groß-Hamburg-Frage ausgeschieden".[18] Jetzt setzte er sich offensiv für die neuen Ziele ein und scheute sich dabei nicht, auch nationalistische Töne anzu-

Linkes Seite:
Max Brauer 1928, in: Die Stadt Altona, herausgegeben und bearbeitet im Auftrag des Magistrats von Matthäus Becker, Berlin-Friedenau 1928, Vorsatzbild.

Folgende Seiten:
Glasbläserkinder um 1900, in: Ottensen. Zur Geschichte eines Stadtteils, Hamburg 1983, S. 99.

**16** Vgl., dazu vor allem das Kapitel 4 der Monographie von Anthony McElligott, Contested City. Municipal Politics and the Rise of Nazism in Altona 1917- 1937, University of Michigan Press 1998, S. 95 ff. Die Eingemeindungsdiskussion ist hier erschöpfend ausgebreitet. Den „Vorwärts für die Elbgemeinden" erwähnt McElligott indes nicht.

**17** Max Brauer, Für das größere Altona, in: Stimmen zur Frage eines größeren Altona, Altona 1925, S. 22 f.

**18** Ebda., S. 22f.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 93

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 94

# Stimmen zur Frage eines größeren Altona

Altona, Januar 1925

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 95



schlagen, so, wenn er, bezogen auf die Bedeutung Altonas für die Provinz Schleswig-Holstein, diese als „Vorposten gegen das vordringende Dänentum“ in Stellung brachte. Nach den Bevölkerungsverlusten bei den Abstimmungen 1919 dürfe kein weiterer Bevölkerungsverlust nach Süden, nach Hamburg, stattfinden. Ja, Brauer verstieg sich geradezu zu der Behauptung, dass es sich bei der Eingemeindungsfrage darum handele, „ob der deutsche Gedanke im Norden siegreich bleibt“.[19]

Er verband seine Wohn- und Gewerbeansiedlungspläne geschickt mit dem Verweis darauf, dass eine moderne Großstadt wie Altona Parks als Naherholungsgebiete – neben dem schon bestehenden Volkspark – brauche, besonders aber weitere Grünanlagen entlang der Elbe für die Öffentlichkeit, und nicht nur für private Besitzer, als Ausgleich am Wochenende für das enge Wohnen in der Altstadt. Zudem erhalte die Stadt weiteres neues Siedlungsland und könne nach dem Vorbild der Gartenstadt Steenkamp das Neue Bauen und Wohnen intensivieren.

Damit nahm Brauer die Überlegungen von Oelsner auf, der seinerseits in einer Grundsatzrede vor dem Zentralausschuss der Kommunalen Vereine Altonas am 26. Oktober 1924 diese Ziele öffentlich vertreten hatte.

In der Stadt Altona war das Echo auf die Initiative des Magistrates durchgehend positiv: An die Spitze eines 1924 eingerichteten

Linke Seite:
Stimmen zur Frage eines größeren Altona, Januar 1925, Titelblatt.

**Vorrangig für Gewerbeflächen ausersehene Gemeinden:**

| | Fläche (ha) | Einwohner |
|---|---|---|
| Eidelstedt | 1065 | 4200 |
| Stellingen-Langenfelde | 611 | 6000 |
| Lokstedt | 625 | 5000 |

**Vorrangig für neue Wohngebiete bestimmte Gemeinden:**

| | Fläche (ha) | Einwohner |
|---|---|---|
| Lurup | 265 | 800 |
| Groß-Flottbek | 463 | 6000 |
| Osdorf | 802 | 2000 |

**Als neue Wohngebiete unter Einschluss von Parks an der Elbe figurierende Gemeinden:**

| | Fläche (ha) | Einwohner |
|---|---|---|
| Klein-Flottbek | 239 | 2200 |
| Nienstedten | 256 | 3000 |

**19** Ebda., S. 21.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 96

# Nicht nach Altona!

Ein Notruf des Kreises Pinneberg
und seiner Gemeinden
an die zuständigen Behörden

---

Gemeindevorstehern vom Kreisausschuß

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 97

Norddeutsche Nachrichten.

Amtliches Publikations-Organ der Verwaltungs- und Gemeinde-Behörden für die Ortschaften der Elbe

Nr 178. Sonnabend, den 1. August 1914 36. Jahrgang

Kopfblatt der „Norddeutschen Nachrichten", Verlag der Gebr. Kröger, Blankenese

Linke Seite:
Nicht nach Altona! Ein Notruf…, Pinneberg 1926, Titelblatt.

Werbeausschusses trat Vize-Admiral a. D. Harald Dähnhardt. Er war 1917-1918 noch Vorsitzender des Landesvereins der präfaschistischen Deutschen Vaterlandspartei für die Provinz gewesen und hatte sich dabei für die Aufrechterhaltung der Bismarckschen Reichsverfassung und weitreichende Kriegsziele im Westen und Osten des Reiches ausgesprochen. Er war gerade deshalb in den besitz- und bildungsbürgerlichen Kreisen Altonas wohl gelitten und konnte nahezu uneingeschränkt Industrie, Handwerk und Großhandel und die Banken gewinnen. Im Werbeausschuss selbst saßen neben den Vertretern der SPD sämtliche bürgerlichen Parteien einschließlich der nationalistischen Rechten um die völkische Liste von Hinrich Lohse (1896-1964), dem späteren Gauleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein, einem ehemaligen Bankangestellten.

Im Januar 1925 und als Nachtrag im März 1925 wurden zwei umfangreiche Broschüren mit dem Titel „Stimmen zur Frage eines größeren Altona" mit den Beiträgen der Unterstützer dieses Projektes gedruckt, für die der Werbeausschuss verantwortlich zeichnete.

Die Reaktion der Landgemeinden im Kreis Pinneberg war von vorneherein einhellig ablehnend. Für den Kreis gebe es nur Nachteile, vor allem finanzieller Art. Richtig daran war, dass vor allem wohlhabende Hamburger in der Vergangenheit ihre Wohnsitze in die Elbvororte verlegt hatten, vor allem nach Hochkamp, Nienstedten, Klein- und Groß-Flottbek oder nach Blankenese.

Politisch war keine größere Unterstützung zu erwarten: Die SPD selbst war weder im Kreis Pinneberg noch in einer der in Betracht kommenden Landgemeinden in der Mehrheitsposition, sondern im Gegenteil überall der schwächere Part. Das galt insbesondere für das großbürgerliche Villenviertel Nienstedten-Hochkamp beziehungsweise das noch eher großbäuerliche Groß-Flottbek[20], aber auch für Klein-Flottbek.

Eine etwas günstigere Ausgangsposition für die SPD war in der Gemeinde Stellingen-Langenfelde gegeben, wo die Partei zusammen mit der KPD auf immerhin sieben von elf Sitzen insgesamt kam. Etwas besser war auch die Ausgangssituation in Lurup und Osdorf.

Der vehementeste Protest kam aus der Landgemeinde Blankenese; sie hatte bereits 1921 auf einer internen Eingemeindungsliste für die Stadt Altona gestanden, war dann aber 1924 von Brauer aus taktischen Gründen vorerst zurückgestellt worden.

**20** Dort war z. B. der größte Bauer im Ort, Lüdemann, von 1895 bis 1925 Gemeindevorsteher. Auch in Lurup und Osdorf überwog das bäuerliche Element.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 98

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 99

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 100



Vorangehende Seiten:
Gruppenphoto vor dem Jenisch-Haus in Altona Klein-Flottbek nach Unterzeichnung des Hamburgisch-Preußischen Hafenvertrages 1928.
In der Mitte: Otto Braun, preußischer Ministerpräsident, hinter ihm, halb verdeckt, sein Referent Regierungsrat Herbert Weichmann; neben Braun rechts Max Brauer (im Stresemann) in der Pose des erfolgreichen Arbeiterführers. Neben Brauer rechts Carl Petersen (DDP), Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (mit Einstecktuch); neben ihm, auf der Höhe der dritten Säule rechts außen mit „Vatermörder" der Harburger Oberbürgermeister Dr. Dudek (SPD).
Quelle: Depositum Stegmann.

Rechte Seite:
Heft 1 des „Vorwärts in den Elbgemeinden", November 1924.

**Gemeindevertretungen nach den Wahlen vom 4. Mai 1924[21]**

| Gemeinde | SPD | KPD | Bürgerl. Liste | Andere |
|---|---|---|---|---|
| Groß-Flottbek | 3 | 1 | 8 | - |
| Klein-Flottbek | 3 | - | 6 | - |
| Nienstedten | 3 | - | 6 | - |
| Stellingen/Langenfelde | 4 | 3 | 11 | - |
| Eidelstedt | 2 | - | 4 | 6 |
| Lurup | 3 | - | 4 | - |
| Osdorf | 3 | - | 3 | 1 |

Blankenese hatte damals rund 8000 Einwohner und war damit die zahlenmäßig stärkste Gemeinde; 1919 hatte sie Mühlenberg und Dockenhuden eingemeinden können. In Blankenese wohnten neben zugezogenen wohlhabenden Hamburger Kaufleuten vor allem bildungsbürgerliche Schichten und Beamte; der englische Historiker McElligott geht von 15 Prozent der Gesamtbevölkerung allein für diese Gruppe aus. Daneben lebten hier aber auch kleine Selbständige, Angestellte und Arbeiter. Im Gemeinderat war die Bevölkerung durch fünf Sozialdemokraten und einen Kommunisten vertreten, gegenüber einer starken Phalanx von 18 Vertretern der Bürgerlichen Liste. Hier war die Ablehnung von vorneherein einhellig; Unterstützung erfuhr die Haltung der Gemeindevertretung und ihres Vorstehers Heinrich Frahm (DVP) durch die ortsansässige Kreiszeitung. In der Blankeneser Bahnhofstraße residierten seit 1879 die „Norddeutschen Nachrichten" der Gebrüder Kröger, die einen scharf nationalistischen Kurs gegen das „rote" Altona und seinen neuen Bürgermeister fuhren. McElligott geht so weit zu sagen, der Agitationsstil der Zeitung sei bereits eine Vorform der späteren NS-Propaganda gewesen.[22] Immerhin ist soviel richtig, dass das Blatt auf dem rechten Flügel der DNVP stand und dass sich sein Ton in der Eingemeindungsdebatte zunehmend radikalisierte; dies vollends, als Blankenese 1926 offiziell auf der Eingemeindungsliste auftauchte. Brauer selbst hatte früh diese Angriffe in seiner Kaiserhof-Rede von 1924 als „hysterisches Geschrei"[23] abgewehrt.

Bei Eberts Tod 1925 wurde in Blankenese nicht halbmast geflaggt, im Gemeinderat blieb sein Tod zunächst unerwähnt. Und in Groß-Flottbek wurde der Verfassungstag 1925 übergangen. Es überrascht in dieser Perspektive nicht, dass der 1925 vom Kreis Pinneberg ins Leben gerufene sogenannte Abwehrausschuss von den Gemeindevertretungen Klein-Flottbek und Blankenese mit jeweils 500 Mark unterstützt wurde.

1926 endlich bündelte dann eine vom Kreisausschuss Pinneberg herausgegebene mehr als 100-seitige Broschüre mit dem Titel „Nicht nach Altona ! Ein Notruf des Kreises Pinneberg und seiner Gemeinden an die preußischen Gesetzgeber" den Protest.

Die Abwehrfront gegen die Pläne Altonas hatte auch deshalb weiterhin Erfolg, weil die preußische Regierung unter Otto Braun

**21** McElligott, S. 102; die sechs Stimmen in der Eidelstedt-Rubrik „Andere" waren einmal die Beamtenliste (3) und die Liste Mieterschutz- und Bodenrecht (drei Stimmen). Die Liste mit einer Stimme in Osdorf ließ sich nicht zuordnen.
**22** Vgl. McElligott, S. 103.
**23** Max Brauer, in: Stimmen, S. 22.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 101


# Vorwärts
## in den Elbgemeinden

1. Jahrgang. 1. November 1924. Heft 1.


### Zum Geleit.

Vorwärts, vorwärts, unverzagt,
ob sich Wolken vor dir türmen,
ob der Fels zum Himmel ragt,
dennoch, dennoch mußt du stürmen!
Tief hinein in dunkle Nacht,
trotzend Mühen und Beschwerden;
endlich doch der Sieg dir lacht —
es muß durchgebrochen werden!

Jeden Schritt vom Felsgestein
mußt du mühsam los dir ringen.
Schwingst du keck die Waffe dein,
wirst den Felsen du bezwingen.
Nimmer rasten, nimmer ruhn,
Schritt für Schritt mit den Gefährten,
stark durch einig-gleiches Tun! —
Es muß durchgebrochen werden!

Max Kegel.

## Vorwärts in den Elbgemeinden.

Durch unsere Heimatdörfer toben die Novemberstürme. Die Arbeiterschaft der Elbgemeinden steht zusammen und schmiedet sich eine neue Waffe für ihren Kampf um Recht und Aufstieg: den „Vorwärts".

Es soll uns Symbol sein, daß in Novembertagen, im Revolutionsmonat, unser junger Mitkämpfer hinaustritt ins Leben. Es soll heißen, daß er trotzig und stark, gleich dem Novembersturm, hineinhauen wird in morsches, faules Geäst, daß er Hand in Hand mit allen, die ihn wollen, zusammenmarschiert in Freud und Leid, bei Sieg und Niederlage, bei praktischer, nüchterner Kleinarbeit.

Hand in Hand. — Noch viel zu selten sind wir uns darüber klar, was die Arbeiterbewegung an sich Großes bedeutet. Niemals in der Geschichte der Menschheit stand ein Heer so zahlreich und so ausgerüstet. Nie ist ein so zielklarer, gigantischer Kampf geführt worden, wie ihn heute die sozialistische Arbeiterbewegung führt. Die heutige sozialistische Kampffront geht durch alle lebenden Generationen, und ihre Aufgaben sind in planmäßiger Arbeitsteilung geordnet: Da ist die Partei als Vertreterin der politischen Arbeiterrechte; die Gewerk- und Genossenschaft für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Da ist die Arbeiterjugendbewegung, die ihren Hauptsinn in der Erziehung der jungen Generation sieht. Da sind ferner die Zusammenschlüsse der Arbeiterschaft zu Körper- und Geisteskultur: freie Turner, Arbeitersänger, die Frauen, die Kinder, und schließlich die vielen Körperschaften, die ihren Einfluß im öffentlichen Leben der Gemeinden und des Kreises geltend machen: die Gemeindefraktionen, Elternbeiräte, Wohlfahrtsausschüsse usw. Ein Heer von Arbeitsbienen! Ein Heer von Gleichgesinnten! Und eine Macht, wenn — einig!

Da aber setzt die Hauptarbeit unseres Mitteilungsblattes ein. Jedem Mitkämpfer muß zum Bewußtsein kommen, daß er nicht allein steht. Jede Organisation, so unter-

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 102



Rechte Seite:
Nevermann als Konfirmand und Jugendbündner, in: Paul Nevermann. Metaller – Bürgermeister – Mieterpräsident, Köln 1977, S. 19-20.

(SPD) zunächst zögerte: Man war sich vor allem in der Koalition uneins, insbesondere die in der Regierung vertretene Zentrumspartei war unentschlossen. Hinzu kam, dass die preußische Landtagsfraktion der SPD selbst eine Lösung im Sinne einer Vergrößerung Hamburgs lange Zeit favorisiert hatte.

1925 versuchte deshalb die kleine Zentrumsfraktion im Altonaer Rathaus auf die eigene Fraktion im preußischen Landtag Druck auszuüben. Nach einem Referat Oelsners am 23. März 1925 vor diesem Gremium wurde von ihr „einmütig die Notwendigkeit eines größeren Altona“[24] anerkannt.

Das Jahr 1925 ging mit weiteren Sondierungen zu Ende. Auch 1926 ging es nicht voran: Oberbürgermeister Brauer glaubte im April 1926 auf einer Sitzung des Provinziallandtages davor warnen zu müssen, die Stimmung könne bei weiterer Untätigkeit Preußens wieder für ein Groß-Hamburg umschlagen. Ähnlich argumentierte der 2. Bürgermeister der Stadt, der bürgerliche Demokrat Dr. Ebert.[25]

Im Juni 1926 wurde dann die Landgemeinde Blankenese offiziell in den überarbeiteten Antrag des Altonaer Magistrates an die preußische Regierung einbezogen, die lautstarken Proteste der Gemeindevertretung und der „Norddeutschen Nachrichten“ folgten auf dem Fuße und steigerten sich noch einmal in ihrer Intensität. Dieser überarbeitete Antrag des Altonaer Magistrates an die preußische Regierung wurde auch dieses Mal einhellig von der Fraktion der SPD, der Bürgerlichen Vereinigung, der Demokratischen Fraktion sowie der Fraktion der NSDAP unter Lohse gestützt. [26]

Das Echo ließe nicht lange auf sich warten: Die Gemeindevertretungen von Lokstedt und Stellingen-Langenfelde gaben sofort ihre Ablehnung bekannt, gefolgt von sieben weiteren Gemeinden[27]:

| | | |
|---|---|---|
| **Eidelstedt** | **9 : 2** | **bei 1 Enthaltung** |
| **Osdorf** | **4 : 3** | **bei 1 Enthaltung** |
| **Nienstedten** | **6 : 2** | |
| **Klein-Flottbek** | **6 : 0** | **bei 3 Enthaltungen** |
| **Groß-Flottbek** | **8 : 3** | **bei 1 Enthaltung** |
| **Lurup** | **4 : 3** | |
| **Blankenese** | **18 : 6** | |
| **Stellingen-Langenfelde** | **11 : 5** | |

Ja, diese Abwehrfront erweiterte sich plötzlich in der Stadt Altona selbst, als nämlich der Altonaer Industriellen-Verein und die Interessenvertretung des Großhandels sich gegen diese Pläne aussprachen, da sie zu „höheren Lasten“ führen würden.[28]

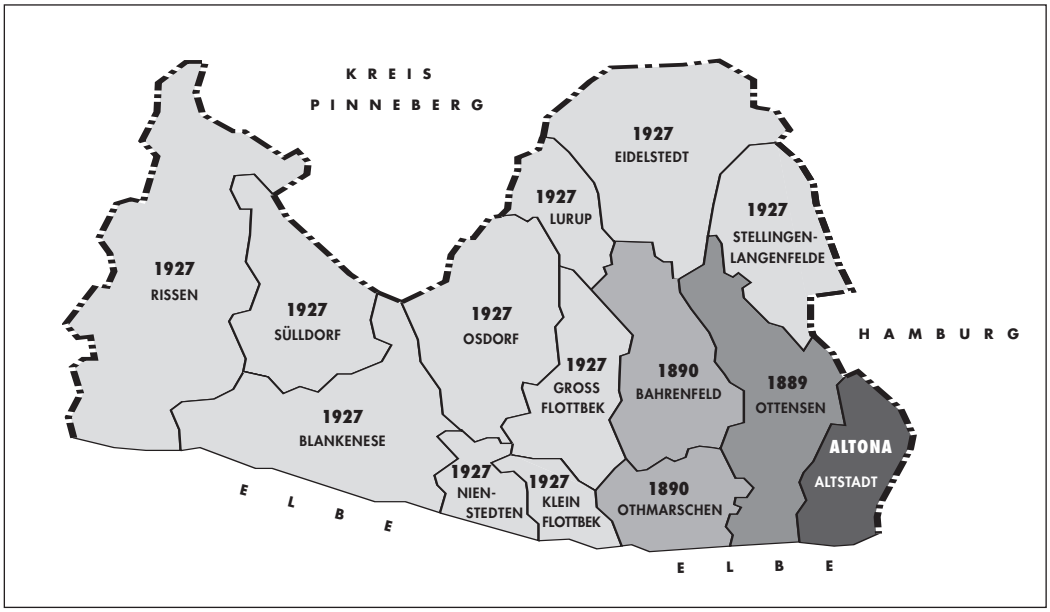
Auch der am 17. September in Blankenese tagende erste Provinzial-Landkreistag der Provinz Schleswig-Holstein wandte sich nun plötzlich generell gegen Eingemeindungen seitens der Großstädte.[29] Das war aber noch nicht alles: Am 5. Oktober versammelten sich in der Kreisstadt Pinneberg in einer Dienstversammlung Bürgermeister

**24** Vorwärts, H. 7, 1. Juli 1925, S. 3.
**25** Brauer: Vorwärts, H. 5, 1. Mai 1926, S. 10; Ebert: H. 5, 1. Juni 1926, S. 10 ff.
**26** Vorwärts H. 7, 1. Juli 1926, S. 8.
**27** Zahlen bei McElligott, S. 11 (Abstimmungen vom 26. Juni 1926); Vorwärts, H. 8, 1. August 1926, S. 9.
**28** Ebda., S. 10.
**29** Vorwärts, H. 10, 1. Oktober 1926, S. 8, Hart auf Hart.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 103

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 104






Groß-Altona in den neuen Grenzen von 1927, der Zugewinn an Fläche gegenüber dem Gebietsumfang bis 1890 ist beeindruckend. Zeichnung: M. Plata.

Hamburg 1937 nach dem Groß-Hamburg-Gesetz: Der Stadtstaat Hamburg (dunkel markiert), dazu kamen Groß-Altona, Harburg-Wilhelmsburg sowie die Stadt Wandsbek, neben weiteren kleineren Gebieten. Zeichnung: M. Plata, nach der Vorlage des Hamburgischen Statistischen Landesamtes vom März 1937, abgedruckt bei E. Paul-Weber, Das Groß-Hamburg-Gesetz und seine landesplanerischen Folgen für Harburg, in: J. Ellermeyer u. a. (Hg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt. Beiträge zur Geschichte Harburgs 1288-1938, Hamburg 1988, S. 518.

und Vorsteher von 65 Landgemeinden und fünf Städten im Kreise Pinneberg, die an die preußische Regierung appellierten, keineswegs den Wünschen Altonas stattzugeben.[30]

Die Weichen wurden allerdings spätestens an der Jahreswende 1926/1927 in Berlin gestellt. Anfang März 1927 kam der preußische Ministerpräsident Otto Braun in Begleitung seines Innenministers

**30** Vorwärts, H. 11, November 1926, S. 8 f., Eine anmassende Entschließung.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 105



Albert Grzesinski persönlich nach Altona, um letzte Verfahrensfragen zu klären. Die langjährige Eingemeindungsdebatte wurde schließlich mit dem sogenannten Preußischen Unterelbegesetz vom 8. Juli 1927 beendet.

Die Landgemeinden Stellingen-Langenfelde, Eidelstedt, Lurup, Osdorf, Groß-Flottbek, Klein-Flottbek, Nienstedten, Blankenese, Rissen und Sülldorf wurden nach Altona eingemeindet, das heißt, gegenüber den Planungen von 1926 hatte sich die Zahl der Gemeinden um Sülldorf und Rissen nach Westen hin noch einmal erweitert. Dagegen verblieb Lokstedt in seinem alten Kreisgebiet und wurde mit Niendorf und Schnelsen zu Groß-Lokstedt vereinigt.

Altona konnte seine Fläche von rund 2000 auf 9200 Hektar erweitern, seine Einwohnerschaft wuchs um 25 Prozent. Daneben entstand durch das preußische Gesetz von 1927 weiterhin ein Groß-Harburg indem die Stadt Wilhelmsburg sowie der Gutsbezirk Kattwyk-Hoheschaar in die Stadt eingemeindet wurden. Harburg rückte damit zur Großstadt auf (mehr als 100 000 Einwohner). Zudem entstand ein Groß-Wandsbek im Nordosten Hamburgs durch Eingemeindung von Tonndorf und Jenfeld in die preußische Stadt.

Flankiert wurde diese Regelungen Ende 1928 durch den Abschluss des Hamburgisch-Preußischen Hafenvertrages, der insbesondere die Frachtabwicklung und die Verkehrspolitik in den drei Häfen Hamburg, Altona und Harburg erleichtern und koordinieren sollte.

**IV. „Vorwärts in den Elbgemeinden“: Eine neue Zeitschrift positioniert sich.** Mit Blick auf die schwierige Ausgangssituation in den Elbgemeinden 1924 startete die SPD die Herausgabe einer Zeitschrift mit dem Titel „Vorwärts in den Elbgemeinden“, deren erste Nummer am 1. November 1924 erschien, konzipiert als Monatsschrift, gedruckt vom Parteiverlag Auer in Hamburg. Anzeigen für die Zeitschrift schalteten die Klientel der SPD, kleinere Druckereien, Geschäfte für Banner und Fahnen, Fahrrad- und Blumenhandlungen, dazu viele Gaststätten, prominent der Hamburger Parteiverlag.

Schon der Name war Programm, die Zeitschrift war einmal Mitteilungsblatt für die SPD und ihre Gliederungen in den Elbgemeinden, die Sozialistische Arbeiterjugend, die Gewerkschaften vor Ort, die sozialdemokratische Frauenbewegung, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sowie endlich die Republikanische Freischar der Elbgemeinden, an deren Spitze damals ein Studienassessor am Blankeneser Gymnasium stand.[31] Daneben wurde die Zeitschrift zunehmend auch Werbeorgan für die geplanten Eingemeindungen; der „Gedankenaustausch“ in der „Gesamtarbeiterbewegung“[32] und „kommunalpolitische Fragen“ sollten im Mittelpunkt stehen, das bekräftigte Anfang 1925 der neu gebildete Vorstand der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft in den Elbgemeinden.[33] Das Einzugsgebiet der Zeitschrift umfasste neben den Gemeinden, die auf der Eingemeindungsliste standen, auch die weiter westlich gelegenen Landgemeinden Rissen, Blankenese, Wedel und Sülldorf.

**31** Vorwärts, H. 2, 1. Dezember 1924, S. 26.

**32** W. Havemeister, Was will unsere Zeitschrift?, in: Nr. 1, November 1924, S. 7. Wilhelm Havemeister war Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft in den Elbgemeinden.

**33** Vorwärts, H. 3, März 1925, S. 8.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 106



Rechte Seite:
„Vorwärts in den Elbgemeinden", Heft 2, 1. Februar 1925, Titelseite.

Schriftleiter wurde Paul Nevermann (1902-1979), damals 22 Jahre alt, Sohn des in Klein-Flottbek in kleinen Verhältnissen aufgewachsenen ungelernten Brauereiarbeiters Johann Nevermann. Die Familie wohnte beengt in Lünkenberg 4 in Klein-Flottbek. 1917 hatte Paul Nevermann eine Lehre als Schlosser und Maschinenbauer in einer Granatenfabrik in Altona-Bahrenfeld begonnen. In der Umbruchphase 1918/19 wurde er Vorsitzender des neugeschaffenen Lehrlingsrates in seiner Fabrik, nach Beendigung der Lehre wurde er sofort entlassen.

1918 wurde Nevermann Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, dann im Metallarbeiterverband, 1920 dann Mitglied der SPD, eine klassische Karriere in einem sozialdemokratischen Elternhaus. Ab 1923, inzwischen wieder arbeitslos geworden, besuchte er den ersten Arbeiter-Abiturienten-Kurs für begabte Arbeiterkinder, den der Hamburgische Senat eingerichtet hatte. Er schloss diesen Kurs erfolgreich ab, machte 1926 Abitur, war dann Werkstudent in Innsbruck und Hamburg, promovierte 1930 zum Dr. jur., absolvierte dann 1932 die zweite Staatsprüfung. 1932 begann er seine berufliche Karriere als Assessor im Altonaer Arbeitsamt, im März 1933 wurde er noch ehrenamtlicher Senator in Altona bis zu seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten.[34]

In seinem ersten Essay für die neue Zeitschrift beschwor der neue Schriftführer vor allem die Einheit[35] der Arbeiterbewegung, tatsächlich hatten sich zum Beispiel die SPD-Vertreter in der Gemeinde Nienstedten der Stimme in der Eingemeindungsfrage enthalten. Information über die Arbeit der SPD in den Gremien, Plädoyers für die Eingemeindung, Abwehr der Presseartikel in den „Norddeutschen Nachrichten" der Gebrüder Kröger standen im Zentrum seiner Pressearbeit. Der Ton der Auseinandersetzung war um Sachlichkeit bemüht, Informationsdichte stand im Vordergrund, weniger die politische Polemik. So kam zum Beispiel der Kieler Verfassungsrechtler Walter Jellinek mit einem kurzen staatsrechtlichen Gutachten zur Zulässigkeit einer Eingemeindung „von oben" gegen den Willen der betroffenen Gemeinden zu Wort.[36]

Von daher waren gesellschaftspolitische Grundsatzartikel eher selten: In der Werbenummer vom 1. Februar 1925 erschien zum Beispiel ein kämpferischer Artikel aus Nevermanns Feder, „Sozialismus oder Kapitalismus"[37], der für die Sozialisierung der Riesenbetriebe, die Monopolcharakter hatten, hier am Beispiel des oberschlesischen Magnaten Henckel von Donnersmarck, eintrat. In einem Artikel zur Revolutionsfeier 1926 verteidigte er die Legalität der Revolution mit Verweis auf die Ausführungen von Gustav Radbruch (1878-1949), des ehemaligen sozialdemokratischen Reichsjustizministers, und von Rudolf Laun (1882-1975); letzterer war seit 1919 Professor an der neu gegründeten Universität Hamburg und dort 1924-1925 auch Rektor, selbst Mitglied der SPD seit 1922.[38] Wahrscheinlich saß der junge Nevermann damals in Launs Vorlesungen.

Für Nevermann hieß der viel beschworene Sozialismus der Tat vor allem Appell an das Gemeinschaftsgefühl der Arbeiterschaft,

**34** Vgl. Paul Nevermann, Metaller-Bürgermeister-Mieterpräsident, Köln 1977.
**35** Vorwärts H. 11, November 1924, S. 2.
**36** Vorwärts, H. 8, 1. August 1925 , S. 10 f., Sind in Schleswig-Holstein Eingemeindungen gegen den Willen einer beteiligten Gemeinde zulässig?
**37** Vorwärts, H. 2, 1. Februar 1925, S. 10.
**38** Vorwärts, H. 11, 1. November 1926, S. 2.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 107

# Vorwärts
## in den Elbgemeinden

2. Jahrgang. 1. Februar 1925. Heft 2.

# WERBENUMMER

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 108



Rechte Seite:
Karl Bröger, Die Fabrik, in: „Vorwärts in den Elbgemeinden", 2. Heft, 1. Februar 1925, S. 9.

insbesondere der Arbeiterjugend, die man in der Sozialistischen Arbeiterjugend mobilisieren und auf Dauer für die Republik gewinnen müsse; wichtig war ihm auch die Verbreiterung des Bündnisses mit dem liberalen Bürgertum, zumal im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Gleichzeitig appellierten andere Beiträger der Zeitschrift daran, „Tanzsalon" und „Kinokitsch" zu meiden und beschworen dafür pathetisch den „Kampf um höchste Güter und Menschenrechte".[39]

Die Verteidigung der Republik stand an erster Stelle: Der sozialistische Jugendtag, der Verfassungstag und die Revolutionsfeiern sollten mobilisieren helfen. Ein erster Republikanischer Tag fand am 24. Mai 1925 in den Elbgemeinden statt, dazu marschierten 3000 Reichsbannerleute auf, die sich von Othmarschen aus durch die Villenviertel über Nienstedten bis zur Abschlusskundgebung in Blankenese bewegten. Nevermann feierte diese Machtdemonstration im „Vorwärts" mit einem Artikel „Hoch unser Schwarz-Rot-Gold!"[40]

Gleichzeitig wurden die Gegner der Republik gebrandmarkt, das waren für Nevermann einmal die mehrheitlich deutschnational geführten Gemeindevertretungen in den Elbvororten und dann auch zum großen Teil die protestantischen Kirchen in den Elbgemeinden. Zum Verfassungstag und zu anderen republikanischen Feiertagen waren die meisten Kirchen nicht bereit, die Fahne der Republik zu hissen, dafür wurde nach wie vor schwarz-weiß-rot geflaggt. Nevermann stellte apodiktisch fest: „Eine Volkskirche gibt es nicht. Die Kirche ist schwarz-weiß-rot."[41]

Der „Vorwärts" warb jetzt dafür, statt der Konfirmation die Jugendweihe zu begehen. Dafür lud der Leiter der Jugendweihe in den Elbgemeinden, Wilhelm Möller, zu einer ersten Werbeversammlung in das Logenheim Groß-Flottbek ein.[42]

Nevermann selbst war seinerzeit noch getauft und konfirmiert worden, seine Mutter, die Tochter eines Volksschullehrers, hatte das gegenüber ihrem sozialdemokratischen Ehemann wohl durchgesetzt. Der „Vorwärts" veröffentlichte dann am 1. Oktober 1925 einen ersten großen Aufruf zur Jugendweihe.[43] 1926 nahmen 23 Personen daran teil, ihre Namen wurden auf der ersten Seite der Zeitschrift veröffentlicht.[44]

Prominent standen die „Norddeutschen Nachrichten" im Visier. Der „Vorwärts" versuchte in einer eigens geschaffenen Rubrik „Vom Gegner" die zum Teil hasserfüllten Verlautbarungen und Unterstellungen der Zeitung zurechtzurücken. Im August 1926 verkündete der „Vorwärts" einen Boykott der Zeitung, nachdem die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft in den Elbgemeinden am 25. Juni 1926 einen solchen Beschluss gefasst hatte. Alternativ sollte das „Hamburger Echo" als Zeitung gehalten werden, ein indirektes Indiz dafür, dass in vielen Arbeiterhaushalten durchaus die „Norddeutschen Nachrichten" gelesen wurden, nicht zuletzt wegen der vielen Kleinanzeigen und der Rätselecke etc.[45]

Der Stil der Zeitschrift wandelte sich seit Anfang 1926, sie wurde „politischer"; die eher braven Gedichte von Freyligrath, Henckell oder Karl Bröger unter anderem traten etwas zurück, Kurt Tuchols-

**39** Vorwärts H. 4, 1. April 1925, Wohin im Leben?
**40** Vorwärts, H. 6, 1. Juni 1926, S. 8.
**41** Vorwärts, H. 10, 1. Oktober 1925, S. 1.
**42** Die erste Besprechung fand am 5.4.1925 statt, vgl. H. 4, 1. April 1925, S. 3, Lebensziele.
**43** Vorwärts, H. 10, 1. Oktober 1925, S. 1.
**44** Vorwärts, H. 4, 1. April 1926, S. 3.
**45** Vorwärts, H. 8, 1. August 1926, S. 4.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 109

# Die Fabrik.

## Jetzt:

Die Maschine faucht.
Sie zersägt uns Brust und Lust,
Stirn und Nacken raucht;
Jedes kleine Rädchen
Kreischt: Du mußt!

## Einst:

Ja, so wird es einmal sein!
Die Fabrik zu unsern Füßen
Muß uns als Gebieter grüßen
Und wir schreiten
Froh hinein.

Karl Bröger.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 110

# Der Riese

Aus dunklen Tiefen
tagesempor,
Sonnenhungrig,
Ringt ein Riese.
Seine Schläfen triefen
Von Schweiß.
Mühsalheiß
Durchs Trümmertor,
Quadernwälzend,
Schicksalstrotzig,
Bricht er sich Bahn,
Ehern die Stirn,
Muskeln von Stahl.
In seinen Adern kreisen
Der Menschheit Sehnsucht und Qual.

Aus seinen Augen zucken
Unlöschliche Strahlen des Lichts,
Und ob sie mit goldenen Händen
Ihn niederdrücken und schänden:
Der Riese läßt sich nicht ducken
Und wächst mit gewaltigem Rucken
Aus dem verachteten Nichts.

Karl Henckell.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 111

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 112



Vorangehende Seiten:
„Vorwärts in den Elbgemeinden", Heft 11, 1. November 1925, S. 2-3.

ky in Gestalt von Theobald Tiger oder Peter Polter kam zum Abdruck.[46] Und der linke Demokrat Hellmut von Gerlach wurde gegenüber den Verleumdungen der „Norddeutschen Nachrichten" verteidigt, die ihn als Vaterlandsverräter angegriffen hatten.

Paul Nevermann selbst stieg in der SPD auf: Während sein Vater Hans sich weiterhin als Vorsitzender im Ortsverein des Reichsbanners in Nienstedten/Klein-Flottbek engagierte und Bezirksleiter im Metallarbeiterverband wurde[47], war er spätestens im Januar 1926 Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für die Elbgemeinden[48], wo er im Juni 1926 als Schriftführer[49] firmierte. Bereits im Juli 1925 war er auch in die Presskommission des „Hamburger Echo", der Parteizeitung der SPD in Hamburg und Altona, gewählt worden.[50]

Die genaue Auflage der Zeitschrift ist nicht mehr feststellbar; für ihren relativen Erfolg spricht, dass das Blatt immerhin ab 1. November 1925 auch an den Bahnhofskiosken von Altona bis Blankenese zum Preis von 10 Pfennig erhältlich war. Die ersten 14 erschienenen Nummern wurden in einem gebundenen Jahrgang 1926 in einer Auflage von etwa 100 noch einmal zusammengefasst. Die Bestellungen wurden dann auf 200 Exemplare noch einmal aufgestockt.[51]

Noch im August 1926 wurden Überlegungen seitens der Elbgemeinden-SPD angestellt, den Ausbau der Zeitung zu fördern. Ende des Jahres kam dann das plötzliche Aus: Die SPD in den Elbgemeinden beschloss am 26. November 1926, zum Januar 1927 die Zeitschrift einzustellen. Das größere Altona, das für das erste Quartal 1927 zu erwarten sei, erfordere eine Neustrukturierung der SPD. Die Parteivereine in den Elbvororten würden dann zu „Bezirken des Ortsvereins Altona", die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft zur Distriktsorganisation, „die Gemeindevertretungen gehen ein". Für Presskommission und Schriftleitung verabschiedete sich Paul Nevermann von seinen Lesern.

**V. Politischer Ausblick.** Für die SPD in den Elbgemeinden wurde die erfolgreiche Eingemeindung von oben politisch kein Gewinn. Schon bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 hatte sie Stimmen verloren, vor allem in Blankenese und in den Villenvierteln in Hochkamp und Nienstedten. Bei den neuerlichen Wahlen zum Stadtparlament in Altona 1927 verstärkte sich dieser Trend, am stärksten wieder in Blankenese. In dieser Perspektive überrascht es nicht, dass bei den Juli-Wahlen 1932 die NSDAP die absolute Mehrheit[52] in Blankenese, Klein-Flottbek, aber auch in Rissen und Sülldorf gewinnen konnte, sicherlich auch ein – später – Protest gegen die Eingemeindungspolitik des „roten" Altona.

**VI. Epilog: Personelle Kontinuitäten nach 1945.** Max Brauer, der Architekt von Groß-Altona, emigrierte 1933 über China in die USA, ebenso wie sein wichtigster Mitstreiter in der Eingemeindungskampagne, Gustav Oelsner. Dieser verließ 1937 Deutschland, nachdem es ihm vor Gericht noch gelungen war, seine Ehre als preußischer Beamter

**46** Vorwärts, H. 1, 1. Januar 1926, S. !; H. 5, 1. Mai 1926, S. 9.
**47** Vorwärts, H. 12, 1. Dezember 1924, S. 26.
**48** Vorwärts, H. 1, 1. Januar 1926, S. 6.
**49** Vorwärts, H. 5, 1. Mai 1926, S. 7.
**50** Vorwärts, H. 8, 1. August 1925, S. 12.
**51** Vorwärts, H. 12, 1. Dezember 1925, S. 1.
**52** Vgl. A. McElligott, „Wir stehen hier nicht als Gäste…". Nazis, Herrschaft und Bevölkerung in Altona von Weimar bis 1937, in: Stadtteilarchiv Ottensen e. V., „Ohne uns hätten sie das gar nicht machen können", Hamburg 1983, S. 25. Blankenese: 53,9 Prozent NSDAP; Klein-Flottbek 51,2 Prozent, Rissen 57,5 Prozent und Sülldorf 54,1 Prozent; Nienstedten lag mit 48,1 Prozent knapp unter der absoluten Mehrheit.

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 113

Max Brauer und Gustav Oelsner 1949 bei dessen Berufung zum Oberbaudirektor, in: Hans-Günther Freytag u. Hans-Werner Engels, Altona. Hamburgs schöne Schwester, Hamburg 1982, S. 351.

wieder herzustellen. Die Nationalsozialisten hatten ihn wegen angeblichen Amtsmissbrauchs und Verschwendung öffentlicher Gelder aus dem Amt getrieben. Oelsner ging in die Türkei nach Ankara und Istanbul, wo er unter anderem als Professor für Städtebau an der Technischen Universität Istanbul lehrte.

Auch Paul Nevermann verlor im März 1933 seine politische Stellung als ehrenamtlicher Senator im Altonaer Magistrat und seine Anstellung als Assessor im Altonaer Arbeitsamt, er konnte aber bis 1945 als Rechtsanwalt arbeiten.

Brauer und Oelsner kehrten nach 1945 aus der Emigration nach Deutschland zurück. Brauer wurde 1946 erster gewählter Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg und blieb in diesem Amt bis 1960 mit einer Unterbrechung während des sogenannten Bürgerblockes 1953-1957. Oelsner wurde nach seiner Rückkehr 1949 in die Bundesrepublik Referent unter dem neuen Bausenator Paul Ne-

03 Stegmann 23.03.2016 2:18 Uhr Seite 114



vermann und wirkte noch am Wiederaufbau des zerstörten Hamburg mit. 1952, 73-jährig, zog er sich aus dem Berufsleben zurück, er starb 1956 in Hamburg.

Paul Nevermann avancierte nach 1945 erst zum Senator der Sozialbehörde, danach für das Bau- und Wohnungswesen. Nach Brauers Rücktritt folgte ihm Nevermann im Amt des Ersten Bürgermeisters 1960-1965 nach. Nach seinem Rücktritt wurde er 1966 zum Landesvorsitzenden der SPD in einer Kampfabstimmung gegen Helmut Schmidt gewählt. Danach war er unter anderem als Präsident des Deutschen Mieterbundes (1967 bis zu seinem Tode) prominent tätig.

Herbert Weichmann (1896-1983) endlich war seit 1920 Mitglied der SPD, in der Endphase der Republik persönlicher Referent des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und in dieser Funktion Berater bei der Vorbereitung des Hafenvertrages zwischen Hamburg, Altona und Harburg von 1928. Er kehrte ebenfalls aus den USA zurück, wo er in der Emigration Max Brauer kennengelernt hatte.

Diese vier Männer, mit proletarischem wie jüdisch-bürgerlichem Background, stehen alle für ein Stück personeller und politischer Kontinuität von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik Deutschland in den ersten zwanzig Gründerjahren.